

Keine Resolution zu Klimanotstand

Stadt will lieber ein lokales Klimabündnis aktivieren und konkrete Maßnahmen finden - Auftaktveranstaltung am 18. Juli

VON PETER MAIER-STEIN

Die Rettung des Klimas ist eines der beherrschenden Themen der Zeit. Auf lokaler Ebene haben sich weltweit zahlreiche Städte dazu entschieden, den Klimanotstand auszurufen. Beispielgebend war in Deutschland die Stadt Konstanz. Eine Resolution „Klimanotstand in Ludwigsburg“ haben auch die Grünen im hiesigen Gemeinderat gefordert. Die Stadtverwaltung hat jetzt aber einen anderen Weg vorgeschlagen und damit die Unterstützung aller Stadträte inklusive der Grünen gefunden: Ein Klimabündnis soll die Menschen aktiv zusammenbringen. Und die Stadt erweitert ihren Maßnahmenkatalog für den Klimaschutz.

„Stadtweites Umdenken nötig“

„Schaut man sich die Resolutionen verschiedener Städte im Einzelfall an, dann ist das oft wenig substanzvoll“, sagte Stefan Weeber im Ausschuss des Gemeinderats für Bauen und Umwelt. Er leitet im Rathaus die Stabstelle Klima, Energie und Europa. Weeber verwies auch darauf, dass Ludwigsburg die Themen Energie und Klimaschutz schon vor zehn Jahren aufgegriffen habe, es gebe bereits ein Konzept und zahlreiche Maßnahmen mit dem Ziel einer klimaneutralen Stadt bis 2050.

„Wollen wir noch mehr Klimaschutz in Ludwigsburg umsetzen, bedarf es nicht nur der Selbstverpflichtung der Stadt, sondern eines stadtweiten Umdenkens und Handelns, das von möglichst vielen Akteuren im Stadtgebiet getragen wird.“ Zum Jahresende könne es ja eine Resolution geben, zuvor sollten aber als Grundlagenarbeit zwei Dinge passieren: der Aufbruch in



Die Schülerbewegung „Fridays for Future“ fordert einen entschiedenen Klimaschutz auch in Ludwigsburg.

Archivfoto: Holm Wolschendorf

ein stadtweites Klimabündnis und die Fortschreibung des bestehenden Maßnahmenpakets zum Klimaschutz. Bei Letzterem arbeite die Stadt mit dem renommierten ifeu-Institut Heidelberg zusammen, das nächste Woche konkrete Vorschläge für eine Fortschreibung des Energie- und Klimakonzepts der Stadt vorlegen werde.

Das Ziel sei ein umfassender Maßnahmenkatalog. Die Inhalte wolle man mit möglichst vielen Akteuren besprechen. Im Herbst sei zum Beispiel eine Jugendkonferenz mit der Schülerbewegung Fridays for Future und anderen Teilen des Klimabündnisses geplant.

Im Herbst soll auch das erweiterte Energie- und Klimakonzept vorliegen. Dann könne es auch noch eine Resolution geben, so Weeber, „mit der sich nicht nur die Stadt, sondern auch die Zivilgesellschaft sowie die Wirtschaft zu einem effektiven Klimaschutz verpflichten“.

Warnung vor einer Luftnummer

„Super, das hört sich wirklich gut an“, reagierte Elfriede Steinwand (Grüne) auf die Vorschläge. Bei dem Treffen zum Klimabündnis werde man sehen, wer es wirklich ernst meint. „Jetzt noch neue Parkhäuser zu planen, das geht gar nicht“, sagte sie in die Runde der Stadträte Richtung CDU und Freie Wähler. Und sie forderte von den großen Sportvereinen Mobilitätskonzepte gegen den Autoverkehr.

Klaus Herrmann (CDU) sieht in Resolutionen eine reine Symbolpolitik, ähnlich den atomwaffenfreien Zonen der 80er Jahre. „Wichtig ist jetzt, zu klären, was man vor Ort tun kann. Und zu zeigen, was bereits getan wird.“ Das Treffen für ein Kli-

maabündnis und das Ziel, mehr für den Klimaschutz zu tun, sei eine gute Sache. „Aber wir sollten das nicht nur ideologisch auf den Verkehr ausrichten“, meinte Herrmann in Richtung Grüne.

Der Begriff Klimanotstand bringe das Problem zwar auf den Punkt, er dürfe jedoch nicht zur Luftnummer werden, forderte Dieter Juranek (SPD). Es sei zwar irgendwie typisch, dass Ludwigsburg sich nicht einreihet, aber die Stadt sei beim Klimaschutz auch schon sehr weit, weshalb die SPD dem vorgeschlagenen Weg mit Klimabündnis zustimme.

KOMMENTAR

Klima braucht kein Basta

Wird alles, was die Grünen anfasen, zu Gold? Angesichts der großen Wahlerfolge der vergangenen Monate könnte man es fast meinen. Auch in Ludwigsburg, erst der Aufstieg bei der Gemeinderatswahl zur mit Abstand größten Fraktion, dann die OB-Wahl, wo der unterstützte Kandidat einen glanzvollen Sieg davontrug.

Daraus darf eine Partei und dürfen Stadträte zurecht großes Selbstvertrauen schöpfen. Wie schmal jedoch der Grat zur Überheblichkeit ist, auch das lässt sich bei den Grünen beobachten. Etwa wenn Stadträte zusammensitzen und über den Klimanotstand reden. Da ist bei allen Parteien, auch jenen, die den Klimaschutz bisher nicht gerade ganz oben auf ihrer Agenda hatten, die große Bereitschaft zu spüren, gemeinsam eine Idee wie ein möglichst breites Klimabündnis ernsthaft

„Bloße Aufrufe bringen gar nichts, das wäre populistisch“, meinte Andreas Rothacker von den Freien Wählern (FW). Es habe sich in der Gesellschaft ein neues Bewusstsein zum Klimawandel entwickelt. „Wir sollten handeln und konkrete Maßnahmen entwickeln.“

Weniger Gesprächsrunden und dafür konkretes Handeln forderte Elga Burkhardt (Lubu). Denn Vorschläge gebe es schon zur Genüge, etwa im Klimaschutzkonzept oder von Verbänden wie dem BUND. Aber es passiere zu wenig. „Da wäre ein SOS-Ruf schon nötig.“



PETER MAIER-STEIN
peter.maier-stein
@lkz.de

zu unterstützen. Wenn dann aber nicht gleich alles Gesagte zu 100 Prozent aus dem Grünen Parteibuch stammt, gibt Stadträtin Elfriede Steinwand gleich die Oberlehrerin und lässt deutlich durchblicken, dass vor allen anderen die Grünen wissen, wie Klimaschutz geht. Und dass es eigentlich nur darum gehen kann, sich dem anzuschließen. Original-Basta-Zitat von Steinwand: „Entweder ihr macht mit oder ihr lasst es bleiben.“ Wer so agiert, der muss sich um ein Klimabündnis, für das sich die gesamte Stadtgesellschaft begeistern soll, keine weiteren Gedanken machen. Es wird nie zustande kommen.

ZUM VORMERKEN

Am 18. Juli erstes Treffen für ein Klimabündnis

Das Angebot: Ein erster Austausch über den Weg für ein Klimabündnis und über dessen Inhalte. Und dazu Informationen aus erster Hand über das Ludwigsburger Klimaschutz- und Energiekonzept sowie die Möglichkeit, sich einzubringen.

Der Termin: Donnerstag, 18. Juli, 17 Uhr, im Kulturzentrum, Großer Saal. Die Teilnehmer: Zum ersten Treffen über ein Klimabündnis können alle Interessierten kommen. Die Stadt wünscht sich Teilnehmer aus möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen. Etwa aus Industrie, Handwerk und Einzelhandel und Bildungseinrichtungen bis hin zu allen religiösen Gemeinschaften und Kirchen. Aufgerufen sind Verbände und Initiativen wie Fridays und Parents For Future, Jugendgemeinderat, Stadtjugendring, Umweltverbände, Radfahrerorganisationen, Landfrauen, Fairtrade Agendagruppe, Stadtverband für Sport und Stadtverband der Gesang- und Musikvereine.